



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 23. September 2016

P r o t o k o l l

über die 23. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Dienstag, 30.08.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:11 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Koch, Harald

Ordentliche Mitglieder

Boos, Michael
Eichenlaub, Joachim
Gerndt, Elisabeth
Hausmann, Michael
Koch, Manfred
Krause, Patrick
Leukert, Michael

stellvertretendes Mitglied

Hantelmann, Klaus

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten
Dietmar Fricke

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Hortig, Martin

Dezernent

Protokollführer

Haver, Jürgen

Protokollführer

Sachverständige

Es fehlen:

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Fricke, Dietmar

Ordentliche Mitglieder

Försterling, Björn

Twelckmeyer, Andres

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit am 26.04.2016 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 15 Abs. 2 GO)
6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Unterrichtung über außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015
Vorlage: XVII-0806/2016
8. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand: Optionsregelung zur Anwendung von § 2b UstG
Vorlage: XVII-0803/2016
9. Quartalsbericht II/ 2016 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0807/2016
10. ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig;
Verlängerung des Refinanzierungsvertrags zur allgemeinen Vorschrift mit dem Zweckverband Großraum Braunschweig
Vorlage: XVII-0801/2016
11. Umsetzung des Nahverkehrsplanes 2016 für den Großraum Braunschweig im Landkreis Wolfenbüttel; hier: Einrichtung von Erschließungsverkehren
Vorlage: XVII-0814/2016
12. Sozialarbeit in Schulen einschließlich des Ausbaus zur Beratung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien
Vorlage: XVII-0792/2016

13. Schulsozialarbeit:
Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Förderschule am Teichgarten
Vorlage: XVII-0791/2016
14. Sozialarbeit an den Gymnasien
Vorlage: XVII-0770/2016
15. Aufhebung des Sperrvermerks für das Produktkonto 11121.4291003
(Einholung eines Organisationsgutachtens für die Fachverwaltungen Jugend, Soziales und Gesundheit)
Vorlage: XVII-0775/2016
16. Aufwandsentschädigungssatzung
Vorlage: XVII-0794/2016
17. Beschluss über den Jahresabschluss 2013 des Landkreises Wolfenbüttel sowie Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: XVII-0800/2016
18. Information der Kreistagsfraktionsvorsitzenden und anderer interessierter Kreistagsmitglieder über Rückführungen und Rücküberstellungen von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern
Vorlage: XVII-0812/2016
19. Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE
hier: „EinwohnerInnen- Antrag online“
Vorlage: XVII-0764/2016/1
20. Einführung eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz
Vorlage: XVII-0782/2016
21. 1. Ernennung Brandabschnittsleiter West
2. Ernennung stellvertretender Brandabschnittsleiter West
Vorlage: XVII-0809/2016
22. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
23. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender H.Koch eröffnet die 23. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender H.Koch stellt die Tagesordnung fest und schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 20 und 21 vorzuziehen und als Punkte 10 und 11 zu behandeln, da der Vertreter des Zweckverbands Großraum Braunschweig, Herr Wilhelm Kloß, der zu Tagesordnungspunkt 21 eine Präsentation vorstellen möchte, schon anwesend sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird dahingehend geändert, dass der bisherige Tagesordnungspunkt 20 zum Tagesordnungspunkt 10 und Tagesordnungspunkt 21 zu Tagesordnungspunkt 11 wird. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit am 26.04.2016 (§§ 23, 4d GO)

Vorsitzender H.Koch ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen Personal und Sicherheit vom 26.04.2016 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. M.Koch fragt, ob es notwendig sei, innerhalb von 4 Tagen eine erneute Einladung zuzusenden.

Erster Kreisrat Hortig stellt klar, dass die Zusendung erfolgte, um formelle Fehler zu vermeiden.

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Vorsitzender H. Koch stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

TOP 7 Unterrichtung über außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 Vorlage: XVII-0806/2016

Vorsitzender H. Koch ruft Tagesordnungspunkt 7 auf und erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den am 15.02.2016 und am 25.02.2016, sowie am 13.07.2016 bewilligten außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wie sie sich aus den Anlagen zur Vorlage XVII-0806/2016 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 8 Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand: Optionsregelung zur Anwendung von § 2b UstG Vorlage: XVII-0803/2016

Vorsitzender H. Koch ruft Tagesordnungspunkt 8 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachfolgende

Kenntnisnahme:

Die an das Finanzamt Wolfenbüttel gerichteten Optionserklärung zur weiteren Anwendung des bisherigen Umsatzsteuerrechts bis zum 31.12.2020 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Quartalsbericht II/ 2016 Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0807/2016

Vorsitzender H. Koch ruft Tagesordnungspunkt 9 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge weist noch einmal auf die Unwägbarkeiten durch Kursschwankungen bei den E-ON - Aktien hin und dass es dort bis zum Jahresende noch Veränderungen geben könnte.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachfolgende

Kenntnisnahme:

Der Quartalsbericht II / 2016 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 7.273.660 €.

**TOP 10 ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig;
Verlängerung des Refinanzierungsvertrags zur allgemeinen
Vorschrift mit dem Zweckverband Großraum Braunschweig
Vorlage: XVII-0801/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 10 auf und bittet um Wortmeldungen.

Erster Kreisrat Hortig erläutert die Vorlage und weist auf die nach wie vor fehlenden gesetzlichen Regelungen hin, die die Verlängerung unumgänglich machen, wenn der Tarifverbund des ZGB nicht gefährdet werden soll.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

Die Landrätin wird beauftragt, den 4. Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22. November/2. Dezember 2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII-0801/2016 ergibt, abzuschließen.

**TOP 11 Umsetzung des Nahverkehrsplanes 2016 für den Großraum
Braunschweig im Landkreis Wolfenbüttel; hier: Einrichtung von
Erschließungsverkehren
Vorlage: XVII-0814/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 11 auf, begrüßt Herrn Wilhelm Kloß vom Zweckverband Großraum Braunschweig und erteilt ihm das Wort.

Herr Kloß erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Anmerkung der Verwaltung:

Die den Ausführungen zugrunde liegende Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Vorsitzender H.Koch bittet im Anschluss an die Erläuterungen um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge erläutert noch einmal den Beschlussvorschlag und insbesondere den Vorbehalt zur Weiterleitung der Mittel aus der sog. „Zweiten Finanzierungssäule“ für Verbesserungen des ÖPNV im Gebiet des Landkreises.

KAbg. Krause hält es für ein falsches Signal, die Umsetzung von der Zahlung von Mitteln abhängig zu machen und bittet, den Beschluss über die Vorlage zurückzustellen und noch einmal in die Fraktionen zurück zu geben, da es noch Beratungsbedarf gäbe.

Landrätin Steinbrügge erwidert, dass es zwar den Vorbehalt gäbe, aber mit der Option, dass der Kreistag erneut über die Machbarkeit berät, sollte eine Refinanzierung nicht oder nicht in der Höhe von 300.000,- € gewährt werden.

Vorsitzender H. Koch fragt noch einmal nach einer Konkretisierung des Zeitpunktes. Sofern eine erneute Beratung im Frühjahr stattfinden solle, würde der in der Vorlage genannter Start zum Winterfahrplan 2016 nicht funktionieren.

Herr Kloß erläutert noch einmal, dass die Mittel der „Zweiten Finanzierungssäule“ erst in 2017 zur Verfügung stünden und es noch keinen politischen Beschluss des ZGB zur Verteilung dieser Mittel gäbe. Die Planung sähe vor, dass 50% der Mittel in die Finanzierung der Projekte in die Städte und Kreise gehen und 50% für allgemeine Projekte verwendet werden sollen. Dies sei zwar noch keine abschließende Entscheidung, aber es sei schon absehbar, dass der Betrag nicht in der gewünschten Höhe zur Verfügung gestellt werden würde.

KAbg. Gerndt fragt, ob bei der Berechnung der Zahlen berücksichtigt sei, dass die Attraktivität der Linien aufgrund der Ausweitung auf den lokalen Teil auch Auswirkungen auf den regionalen Teil habe.

Herr Kloß bestätigt, dass dies berücksichtigt wurde. Es sei vom ZGB eine vorsichtige Prognose vorgenommen worden und er erwarte, dass diese durchaus übertroffen werden könnte. Dann falle auch der zusätzliche Finanzierungsbedarf deutlich geringer aus.

KAbg. M. Koch fragt nach konkreten Zahlen der Mittel, die der Landkreis als Finanzierung erwarten könne.

Herr Kloß beziffert den realistischen Betrag auf ca. 200.000,- €.

Landrätin Steinbrügge fasst noch einmal zusammen, dass somit eine andere Zahl im Raum steht, als ursprünglich gedacht und ein durch den Landkreis zu finanzierender Anteil in Höhe von ca. 194.000,- € entstünde. Die Zeit dränge jedoch, den Beschluss zu fassen, um eine Umsetzung zum Winterfahrplan realisieren zu können.

Herr Kloß bekräftigt noch einmal, dass ein entsprechender Beschluss ergehen müsse, damit er in entsprechende Verhandlung mit den Unternehmen treten könne. Prinzipiell würde die Verpflichtung unbefristet entstehen, aber es würde nach einiger Zeit eine Betrachtung durch den ZGB auf die Wirtschaftlichkeit der neuen erfolgen.

Vorsitzender H.Koch erläutert noch einmal die Wichtigkeit der neuen Linien in Bezug auf die emotionalen Bindungen an die Kreisstadt Wolfenbüttel für den ländlichen Raum.

Landrätin Steinbrügge würde trotz allem den Vorbehalt in den Beschluss belassen, um auch die Erwartungen dem ZGB gegenüber zu signalisieren. Die Machbarkeit scheitere ja nicht an dem Vorbehalt, sondern läge dann trotzdem in der Entscheidung des neuen Kreistages.

KAbg. Krause sagt, man müsse sich die Ausweitung der Linien leisten. Allerdings sehe er nach wie vor Beratungsbedarf in der Fraktion und beantragt die Entscheidung bis zur Sitzung des Kreisausschusses zu vertagen.

KAbg. M.Koch betont ebenfalls, dass eine Verbesserung des ÖPNV im Kreisgebiet nicht an voraussichtlich weiteren 100.000,- € scheitern dürfe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nachfolgenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XVII-0814/2016 wird zwecks Beratung in den Fraktionen bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 26.09.2016 zurückgestellt.

**TOP 12 Sozialarbeit in Schulen einschließlich des Ausbaus zur Beratung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien
Vorlage: XVII-0792/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 12 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachfolgende

Kenntnisnahme:

Die Anpassung der Konzeption „Sozialarbeit in Schulen“ vom 21.10.2014 (Vorlage-Nr. XVII-0489/2014) unter Berücksichtigung

1. des Landesprogramms „Soziale Arbeit in schulischer Verantwortung in der Aufgabenzuständigkeit des Landes Niedersachsen“ und
2. des Ausbaus der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen zur Beratung und Unterstützung für
Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien (Vorlage-Nr. XVII-0724/2016)

wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 13 Schulsozialarbeit:
Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Förderschule
am Teichgarten
Vorlage: XVII-0791/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 13 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

Die sozialpädagogische Arbeit an der Förderschule am Teichgarten wird über den 31.12.2016 hinaus bis zum 31.07.2018 mit einer weiteren halben Stelle fortgeführt.

TOP 14 Sozialarbeit an den Gymnasien

Vorlage: XVII-0770/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 14 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

1. Die sozialpädagogische Arbeit an den Gymnasien in der Stadt Wolfenbüttel wird über den 31.12.2016 hinaus fortgeführt.
2. Bis spätestens zum Ende des Schuljahres 2017/2018 (31.07.2018) wird die sozialpädagogische Arbeit an den Gymnasien unter der Voraussetzung fortgesetzt, dass die Stadt Wolfenbüttel die hälftigen Kosten trägt.
3. Spätestens nach dem Ende des Schuljahres 2017/2018 wird eine Übernahme der Personalkosten durch das Land Niedersachsen erwartet. Die Verwaltung wird beauftragt, diesbezüglich über die weitere Entwicklung auf der Landesebene zu berichten.
4. Sollte es bis zum 31.07.2018 keine eindeutige Aussage seitens des Landes hinsichtlich der Kostentragung geben, werden die genannten Stellen - unter der gleichen Voraussetzung der hälftigen Kostentragung durch die Stadt Wolfenbüttel – befristet bis 31.12.2018 fortgeführt.

TOP 15 Aufhebung des Sperrvermerks für das Produktkonto 11121.4291003 (Einholung eines Organisationsgutachtens für die Fachverwaltungen Jugend, Soziales und Gesundheit) Vorlage: XVII-0775/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 13 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge erläutert den geplanten Ablauf der Organisationsuntersuchung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

Der mit Beschluss des Kreistages vom 12.01.2015 (Vorlage: XVII-0490/2014) angesprochene Sperrvermerk in der Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2015 zur Einholung eines externen Organisationsgutachtens für die Fachverwaltungen Jugend, Soziales und Gesundheit in Höhe von 40.000 € wird aufgehoben.

TOP 16 Aufwandsentschädigungssatzung Vorlage: XVII-0794/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 16 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Krause sieht bezüglich der Vorlage noch Beratungsbedarf in der Fraktion und beantragt die Zurückstellung bis zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit.

KAbg. M.Koch weist auf eine Ungleichbehandlung der Ausschussvorsitzenden und des Vorsitzenden des Kreistages hin und wünsche dahingehend eine Anpassung auf ein gleiches Niveau.

KAbg. Gerndt sieht ebenfalls noch Beratungsbedarf in der Fraktion und unterstütze den Antrag über die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XVII-0794/2016 wird zwecks Beratung in den Fraktionen bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zurückgestellt.

TOP 17 Beschluss über den Jahresabschluss 2013 des Landkreises Wolfenbüttel sowie Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: XVII-0800/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 17 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. M.Koch fragt, ob neben der Landrätin damit auch der ehemalige Landrat sowie der übergangsweise als Landrat amtierende Erste Kreisrat entlastet werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Gemäß § 129 I S. 2 NKomVG stellt die Hauptverwaltungsbeamtin/der Hauptverwaltungsbeamte die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest. Mit ihrer/seiner Unterschrift übernimmt die Hauptverwaltungsbeamtin/der Hauptverwaltungsbeamte die Verantwortung für das erarbeitete Zahlenwerk mit allen Unterlagen.

Vorliegend hat die Landrätin Christiana Steinbrügge mit Unterschrift vom 13.01.2016 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2013 festgestellt.

Die Vertretung beschließt nach § 129 I S. 3 NKomVG über die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten für das jeweilige Haushaltsjahr. Sie übernimmt damit die rechtliche und politische Verantwortung für die finanzielle Verwaltungsführung. Die Entlastung erfolgt sowohl gegenüber der Person der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten, als auch gegenüber dem Organ Hauptverwaltungsbeamtin/ Hauptverwaltungsbeamter.

Durch den Beschluss wird der Landrätin Christiana Steinbrügge demnach sowohl persönlich als Amtsinhaberin, als auch als verantwortliches Organ die Entlastung für das Haushaltsjahr 2013 erteilt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

1. Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Jahresabschluss 2013 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen.
2. Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Landrätin für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

TOP 18 Information der Kreistagsfraktionsvorsitzenden und anderer interessierter Kreistagsmitglieder über Rückführungen und Rücküberstellungen von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern Vorlage: XVII-0812/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 18 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Gerndt stellt infrage, dass eine Nichtankündigung von Abschiebungen an den betreffenden Ausländer automatisch auch die Information der Kreistagsmitglieder ausschließe. Es sei ihrer Meinung nach durchaus möglich, dass trotz der Neu-Regelung eine vertrauliche Vorab-Information der Kreistagsmitglieder möglich sei.

Landrätin Steinbrügge sagt eine entsprechende Klärung zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XVII-0812/2016 wird zwecks Klärung der Rechtslage bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 26.09.2016 zurückgestellt.

TOP 19 Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE hier: „EinwohnerInnen- Antrag online“ Vorlage: XVII-0764/2016/1

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 19 auf und bittet um Wortmeldungen.

Erster Kreisrat Hortig erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass nach Auskunft des Ministeriums für Inneres und Sport insbesondere die Gewährung eines mit dem Quorum zwangsläufig verbundenen Rederechts problematisch sei.

KAbg. Gerndt sieht auch noch Prüfungsbedarf und beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass sowohl die technische Umsetzung als auch die praktische Umsetzung noch nicht abschließend geklärt wäre.

KAbg. Leukert fragt, ob die Änderung des Rederechts von der Automatik zu einer „Kann“-Regelung eine andere rechtliche Beurteilung zuließe.

Landrätin Steinbrügge entgegnet, dass der Kreistag durchaus per Beschluss ein jeweiliges Rederecht erteilen könne, aber ein generelles, automatisches Rederecht nicht zulässig sei. Eine Klärung bis zur nächsten Kreisausschusssitzung sei zeitlich nicht möglich.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XVII-764/2016/1 wird zwecks Klärung offener Fragen bis zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zurückgestellt.

**TOP 20 Einführung eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz
Vorlage: XVII-0782/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 20 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Krause erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Wichtig sei, dass eine sich bereits auf dem Markt befindliche, kostenfreie App angeboten werden könne. Er halte die in der Vorlage dargelegte Vorgehensweise für die Richtige und plädiere dafür, der Vorlage zuzustimmen. Wichtig wäre es, vorab die gemeindlichen Gefahrenabwehrbehörden zu beteiligen.

Erster Kreisrat Hortic betont nochmals, dass die Verwaltung durchaus daran interessiert sei, ein entsprechendes System zu installieren. Allerdings sei die in dem Antrag der SPD genannte App nicht zu dem vom Land vorgeschlagenen System kompatibel und es würden zusätzliche Kosten entstehen, die so nicht notwendig wären. Hier sollte, auch aufgrund des Betreibens der gemeinsamen Leitstelle, eine enge Absprache mit der Stadt Braunschweig und dem Landkreis Peine erfolgen und die Entscheidungen des Landes zum System MoWaS abgewartet werden. Einen entsprechenden Beschluss habe der Feuerwehrausschuss der Stadt Braunschweig bereits gefasst.

KAbg. Krause betont nochmal, dass die im Antrag genannte App „Katwarn“ lediglich als Beispiel dienen solle.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

1. Beschlussvorschlag über die Annahme des Antrages:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nimmt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24. Juni 2016, wie er sich aus der Anlage zu Vorlage Nummer XVII-0782/2016 ergibt, an.

2. Beschlussvorschlag, falls der Antrag zu 1. angenommen wird:

Die Landrätin wird beauftragt, die einmaligen und laufenden Kosten für die Einführung und den Betrieb eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz, welches die Bevölkerung über Gefahren mittels einer Smartphone-App informiert, zu ermitteln und dem Kreistag einen Vorschlag über die Einführung eines ergänzenden Warnsystems über eine Smartphone-App („Warn-App“) zu unterbreiten.

**TOP 21 1. Ernennung Brandabschnittsleiter West
2. Ernennung stellvertretender Brandabschnittsleiter West
Vorlage: XVII-0809/2016**

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 20 auf und erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbrandmeister Florian Graf, wohnhaft in 38300 Wolfenbüttel, In den Äckern 40, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Brandabschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt West und gleichzeitig zum Stellvertreter des Kreisbrandmeisters für den Brandschutzabschnitt West ernannt.
2. Der Hauptbrandmeister Alexander Steek, wohnhaft in 38312 Flöthe, Oderwaldstraße 45, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum stellvertretenden Brandabschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt West ernannt.

TOP 22 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzender H.Koch ruft den Tagesordnungspunkt 22 auf.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass keine Unterrichtungen vorliegen.

TOP 23 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender H.Koch schließt um 19.05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführer/in